

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 241.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Sonntag, den 15. Oktober.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pferlinge.

1882.

Die Woche.

In der vergangenen Woche gab es im deutschen Reiche weder innere noch äußere Fragen, die größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätten. Das Verkehrswesen in unseren sozialen und politischen Zuständen machte sich namentlich auf dem Gebiete der preussischen Landtagswahlen bemerkbar. Ihren Vortritt, möglichst wenig Licht über ihre Absichten zu verbreiten und ein politisches Programm nicht auszugeben, hat die preussische Regierung vollkommen ausgeführt. Gewiß, niemals ist eine Wahlbewegung unter derartiger allgemeiner Unkenntnis darüber, was die nächste Zukunft dem Lande bringen wird, verlaufen. Was die Steuer-Reform für eine Gestalt annehmen wird, in welchem Geiste fortan die Kirchenpolitik geführt werden, welche Richtung die Gesetzgebung über die innere Verwaltung einschlagen wird, das sind Fragen, auf die es an aller und jeder zuverlässigen Antwort fehlt. Nicht einmal über den allgemeinen Grundcharakter der fernhin einzuhaltenden politischen Richtung läßt sich eine begründete Vermuthung aufstellen. Soll die Gesetzgebung auch ferner auf die Verständigung mit den Ultramontanen eingerichtet oder soll noch einmal eine Annäherung an die Liberalen gesucht werden? Es fehlt an allen sicheren Anhaltspunkten, um sich darüber ein Urtheil zu bilden. Die offiziöse Presse hat die Weigerung der Regierung, über ihre ferneren Pläne Licht zu verbreiten, einmal mit der naiven Bemerkung erklärt, es solle der Opposition kein Stoff zur Agitation gegeben werden, als ob schon das Bekanntwerden der Absichten der Regierung der Opposition Vorschub leisten müßte. Dieser Zweck, die Agitation der oppositionellen Parteien lahm zu legen und gewissermaßen auszuhungern, ist jedenfalls gründlich verfehlt worden. Weiß man nicht, was die Regierung vortut, so weiß man um so besser, was sie in der jüngsten Vergangenheit erstrebt und plante, und das gab der oppositionellen Agitation überreichen Stoff. Die Wahlbewegung drehte sich vielfach um Fragen, die heute vielleicht gar nicht mehr aktuell sind, und hat eine für die Regierung sicherlich ungünstigere Wendung angenommen, als wenn sie mit einer bestimmten klaren Darlegung ihrer Pläne und Absichten vor das Land getreten wäre, namentlich wenn sie sich dabei entschieden von gewissen Bestrebungen losgesagt hätte, die nun einmal den Beifall der Mehrheit des Volks und seiner Vertretung niemals finden werden. Das herrschende Dunkel, die Unsicherheit auf fast jedem politischen Gebiet, hat den Freunden der Regierung ihre Aufgabe unendlich mehr erschwert, als den Gegnern. Freilich wird man bis zu einem gewissen Grade annehmen können, daß ein Regierungs-Programm zur Zeit überhaupt nicht vorhanden ist, sondern erst je nach dem Ausfall der Wahlen sich bilden wird. — Der durch seine Werke über das englische Verfassungsrecht hochberühmte Professor Gneist lehnt eine Wiederwahl zum Abgeordnetenhaus ab, weil er sich von den dormaligen Verhältnissen in Deutschland nicht mehr befriedigt sieht. Er klagt über Parlamentsmüdigkeit, hervorgerufen durch die Preisgebung aller Prinzipien und dadurch herbeigeführte Verwirrung im politischen Leben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt zwar, daß, wenn nur Freiheit und Gleichheit in den Vermögensverhältnissen hergestellt sei, die Gesellschaft vor der Atomisirung bewahrt werden könne. Wie man aber diese Freiheit mit der Gleichheit in Vermögensverhältnissen in Harmonie bringen will, das wird weder die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch sonst Jemand auf der Welt zu sagen wissen. Wir glauben auch nicht, daß die preussischen Großgrundbesitzer der Gleichheit zu Liebe auf den größten Theil ihres Besitzes Verzicht leisten werden. Ebenso wenig ist uns klar, wie neben der Gleichheit im Besitze die gegenwärtigen Staatseinrichtungen von Bestand sein könnten. Man thut jetzt das Möglichste, um die Gesellschaft in einen Zustand der Gährung zu versetzen; am Ende wird sich zeigen, wer den Nutzen, wer den Schaden hat.

In Oesterreich begann vergangene Woche mit dem Amtsantritte des neuen Bürgermeisters von Prag, Dr. Czerny, eine neue tschechische Aera. Wenigstens kann man dies aus der Installationsrede schließen, welche Dr. Czerny zum ersten Male in tschechischer Sprache — mit Ausnahme weniger deutschen Worte — hielt. Feierlichst erklärte das neue Oberhaupt der böhmischen Hauptstadt in Gegenwart des Statthalters von Böhmen und der Stadtvertretung, daß es sein heißester Wunsch sei, daß das „hundertjährige, goldige, slavische“ Prag weiter blühen möge zu

einer Grenzschleibe zwischen der germanischen und der slavischen Welt. Für Herrn Dr. Czerny ist also Prag trotz seiner circa 40 000 deutschen Einwohner nur noch eine slavische Stadt und dies giebt einen Vorschmack davon ab, in welchem Sinne der neue Prager Bürgermeister zu regieren gedenkt. — Erfreulicher lauten die Nachrichten aus Ungarn. Dem Ministerpräsidenten Tisza war es vergrünnt, im ungarischen Reichstage mit ausgezeichneter Beredsamkeit bezüglich der Preßburger Judenexzesse die Sache der Zivilisation und Freiheit zu vertheidigen. Andererseits bewies auch der ungarische Reichstag, daß er an seinen ruhmvollen Traditionen der Vergangenheit festzuhalten versteht. Die Antisemiten werden sich von der Niederlage, die ihnen im dortigen Reichstage bereitet worden ist, nicht so leicht erholen können. Soweit es sich um den Antisemitismus als eine isolirte Erscheinung handelt, kann man wohl sagen, daß die europäischen Staaten von der Gefahr befreit sind, ihre Zivilisation durch das wahnsinnige Treiben eines Stöcker und eines Istoczy befecht zu sehen. In Vertretung der Prinzipien der Humanität und Gerechtigkeit haben Oesterreich und Ungarn diesmal Besseres geleistet, als irgend ein anderer europäischer Staat. Allein man darf nicht vergessen, daß der Antisemitismus theilweise ein Ausfluß der allgemeinen Unzufriedenheit und des allgemeinen Unbehagens ist. Auch Herr v. Tisza erkannte in seiner Rede an, daß der Antisemitismus nur der erste Versuch sei, um eine große soziale Umwälzung einzuleiten. Gefahren solcher Art lassen sich allerdings durch Abstimmungen im Parlamente nicht beseitigen; es ist eben zu untersuchen, ob die gegenwärtige Staatskunst Europas den Problemen sich gewachsen zeigt, die ihr von der Zeit gestellt werden.

Für Italien bildete die Rede, welche der Ministerpräsident Depretis vor seinen Wählern in Strabella hielt, eine wichtige politische Kundgebung. In allen Staaten rief dieselbe einen günstigen Eindruck hervor. Auch in England soll man über die Wärme, mit der Herr Depretis sich hinsichtlich der englisch-italienischen Beziehungen äußerte, aufrichtig befriedigt sein, und da Deutschland keinen Grund hat, sich darüber unmutig zu zeigen, daß Herr Depretis die Irredenta nicht schärfer angriff, wenn das bei weitem mehr dabei betheiligte Oesterreich diese Unterlassung — sei es auch nur scheinbar — resignirt hinnimmt, so darf man auch die von deutscher Seite abgegebenen Versicherungen der Zufriedenheit über Depretis' Rede nicht anzweifeln, wenn schon das Liebäugeln mit Frankreich darauf schließen lassen könnte, daß es Herr Depretis mit seiner Sympathie für die zentraleuropäische Politik nicht eben sehr aufrichtig meinen dürfte. — Der italienischen Polizei ist ein wichtiger Fang gelungen. Wie erinnerlich, hatte der wegen des versuchten Bombenattentates von den österreichischen Behörden verhaftete Wilhelm Oberbank einen Komplizen, dem es aber gelang, nach Italien zu entkommen. Dieser ist nun von der Polizei in der Person des zu Prato (Toskana) wohnhaften Apothekers Demetrio Rogasa ermittelt und verhaftet worden. Die vorgenommene Haussuchung soll das Vorhandensein eines vollständigen Laboratoriums für die Anfertigung von Sprenggeschossen konstatirt haben. Rogasa, ein geborener Florentiner, ist bereits nach Udine transportirt worden und erwartet man seine Auslieferung an Oesterreich, da der gegen Rogasa von den österreichischen Polizeibehörden erlassene Steckbrief auf Hochverrath und versuchten Mord lautete.

Auch Frankreich hatte in der vergangenen Woche keine bemerkenswerthen Ereignisse zu verzeichnen. Die dortigen Blätter polemisirten fortwährend über die Absichten Englands bezüglich Egyptens und sprechen hierbei ziemlich offen ihr Mißtrauen aus. Namentlich hatte die Nachricht lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen, daß England weitere 100 000 Stück Suez-Aktien angekauft habe. In Regierungskreisen saßt man jedoch die Angelegenheit kühler auf und bezweifelt vorläufig die Richtigkeit der Nachricht. Für die Pariser Blätter war übrigens die Rede des italienischen Ministerpräsidenten ein hochwillkommenes Ereigniß, denn man beilegte sich sofort, eine neue Aera des Wohlwollens zwischen beiden Nationen zu verkünden. Insbesondere zeigen sich hierbei die chauvinistischen Elemente eifrig am Werke, denen es eine wahre Wohlthat ist, zu wissen, daß Frankreich nicht mehr ganz isolirt dasteht. Es wird sich ja bald herausstellen, ob diese Auffassung durch die tatsächlichen Umstände gerecht-

fertigt ist, denn gegenwärtig betreibt Frankreich zum großen Mißvergnügen Italiens auf's Eifrigste die Abschaffung der Kapitulationen in Tunis, was soviel bedeutet, als die Anerkennung des den Italienern auf's Aeußerste verhassten Vertrages mit dem Bey von Tunis, welcher dies Reich vollständig in französische Gewalt liefert.

Aus Egypten brachte die vergangene Woche wenig Neues und nichts Entscheidendes. England läßt die Welt noch immer im Unklaren bezüglich seiner Pläne mit dem Pharaonenlande und wie es scheint, ist in dieser Beziehung vorläufig auch noch nichts vom Londoner Kabinete zu erwarten. Allerdings bemühen sich die Engländer bei jeder Gelegenheit durch Reden, welche zum Fenster hinausgehalten werden, das Mißtrauen der Türkei gegen die Dauer der Okkupation mit der Versicherung zu beschwichtigen, daß sie „sobald als möglich“ das Heer zurückziehen würden, womit freilich herzlich wenig gesagt ist. — Die Verhandlungen des Kriegesgerichts in Kairo nehmen einen schleppenden Charakter an, wozu die Haltung der Angeklagten viel mit beiträgt, welche einfach die ihnen zur Last gelegten Vergehen leugnen. Arabi Pascha wurde am Mittwoch und Donnerstag verhört, doch wird das Resultat geheim gehalten. Ob man ihm die Vertheidigung durch den englischen Advokaten, Mr. Napier, gestatten wird, ist sehr fraglich, da die Verhandlung in arabischer Sprache geführt werden soll und die egyptischen Mitglieder des Gerichtes das Englische nicht verstehen, Mr. Napier aber des Arabischen nicht mächtig ist. Augenscheinlich befindet sich der egyptische Gerichtshof in einer sehr mißlichen Verlegenheit, denn er hat mit Sir Eduard Malet, dem früheren englischen Generalkonsul, über diesen Punkt Beratungen gepflogen, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist. Im Ganzen sollen 113 Angeklagte vor den Schranken erscheinen. Etwa dreißig in den Provinzstädten in Haft gehaltene Rebellenführer sind hierin jedoch nicht inbegriffen. Wie erniedrigend man Arabi jetzt behandelt, lehrt folgendes Telegramm eines englischen Blattes: „Der Haupt-Gunah Ibrahim-Agar soll in Begleitung von Bewaffneten Arabi Pascha in seiner Zelle besucht und ihm bei dieser Gelegenheit in das Gesicht gespien und ihn mißhandelt haben. Englischerseits wurde bereits eine Untersuchung des Vorganges angeordnet.“

In Nordamerika finden gegenwärtig die Wahlen zum Kongreß statt. Es handelt sich hierbei um den alten Gegensatz zwischen den Republikanern und Demokraten, welche letztere in Nordamerika im Gegensatz zu den liberalen Republikanern das „reaktionäre“ Element vertreten. In Westvirginien gewannen die Republikaner einen Sitz, während in Ohio die Kandidaten der Demokraten gewählt wurden. Wie verlautet, gehören von den 21 gewählten Kongreßmitgliedern des Staates Ohio 14 der demokratischen Partei an, während die Majorität der vorigen Vertretung republikanisch war. Darüber, ob der Kongreß eine demokratische oder republikanische Mehrheit aufweisen wird, läßt sich vorläufig noch nichts sagen, da die Wahlergebnisse aus der Mehrzahl der nordamerikanischen Staaten noch nicht vorliegen.

Tageschau.

Freiberg, den 14. Oktober.

Dem Reichskanzler ist von den Industriellen in den Provinzen Hannover und Westfalen eine Petition zugegangen, welche den Einfluß des Fürsten Bismarck beiführend eine internationale Garn-Nummerierung in Anspruch zu nehmen beabsichtigt. In dieser Petition wird auf die bedenklichen Nachteile hingewiesen, denen die deutsche Garn-Industrie und die Weberei durch die nach den verschiedenen Ländern verschiedenen Nummerierungen der Garne unterworfen ist. — Die gestern an der Berliner Börse verbreitete Nachricht, daß sämtliche österreichischen Bahnen von Preußen die direkten Tarife gekündigt worden seien, ist unbegründet. Diese Tarife sind vielmehr nur der österreichischen Nordwestbahn und der Elbethalbahn gekündigt, weil die Nordwestbahn-Verwaltung direkte Tarif-Vereinbarungen getroffen hatte, wovon sie der preussischen Eisenbahn-Verwaltung keine formelle Kenntniß gegeben, und daß sie im Verein mit der Nordwest-Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Verkehr nach Magdeburg und Hamburg direkt mit den preussischen Staatsbahnen in Konkurrenz getreten. Infolge dessen wurden preussischerseits die erleichterten direkten Tarife